

# **Tischvorlage**

## **Resolutionen an die Delegiertenversammlung**

**1. Oktober 2011  
in Biel**

**Definitive Traktandenliste der Delegiertenversammlung vom Samstag,  
1. Oktober 2011, Kongresshaus Biel, Beginn 11.00 Uhr – 15.00 Uhr**

- 11.00 Eröffnung mit der Gruppe Tomazobi
- 11.20 1. Eröffnung  
Willkommensrede Erich Fehr, Stadtpräsident Biel  
Grusswort von Roland Näf, Präsident SP Kanton Bern  
Grussworte von Hans Stöckli, Nationalrat und SR-Kandidat Kanton Bern
- 11.45 2. Mitteilungen
- 11.50 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Nationalrat FR
- 12.20 4. Rede Simonetta Sommaruga, Bundesrätin
- 12.40 5. contrat social et économique - Einsatz für eine soziale Schweiz  
❖ Kurzpräsentation: Jacqueline Fehr, Nationalrätin ZH  
❖ Diskussion und Verabschiedung
- 13.20 6. Resolutionen  
❖ „Keine Kampfflugzeuge am Volk vorbei!“  
Kurzpräsentation: Evi Allemann, Nationalrätin BE;  
Eric Voruz, Nationalrat VD  
❖ Weitere Resolutionen
- 13.50 7. Rede Micheline Calmy-Rey, Bundespräsidentin
- 14.10 8. Verabschiedung Micheline
- 14.30 9. Gemeinsamer Start in die letzten drei heissen Wahlkampfwochen  
❖ Rotes Risotto und musikalischer Ausklang für alle
- 15.00 10. Schluss



## **Die Schweiz braucht als Antwort auf die Krise einen neuen „contrat social et économique“**

Drei Jahre nach dem Kollaps von Lehman Brothers und der Milliardenrettung der UBS droht der Weltwirtschaft erneut eine Rezession. Wieder verursacht durch den Finanzmarkt. Staaten drohen unter der Last der Folgekosten für die Bankenrettung zu zerbrechen. Gleichzeitig kassieren die Spekulanten an den Börsen wieder Millionen mit Wetten auf den Niedergang bereits angezählter Regierungen. Auch in der Schweiz wiederholt sich die Geschichte: Die UBS verliert im Investmentbanking Milliarden, die CS muss wegen Verfehlungen in den USA gerettet werden.

Es ist offensichtlich: Die Finanzwirtschaft kehrte nach der Krise 2008 gleich wieder zum courant normal zurück. Die gleiche Arroganz und dieselbe Masslosigkeit. Nach der Krise ist wie vor der Krise. Gelernt haben die Banken und ihre Vertreter nichts. Unvergessen, wie UBS-Chef Grübel nur wenige Monate nach der Krise wieder von Eigenkapitalrenditen von 20% träumte. Und unfassbar, dass das Investmentbanking immer noch eine ganze Bank beinahe in den Abgrund reissen kann.

Die Schweiz ist nach wie vor in fataler Abhängigkeit einzelner Banken. Und sie muss immer und immer wieder die Zeche für deren Hochrisikostategie bezahlen. Dennoch: Die Bürgerlichen verweigern selbst jetzt die Einsicht, dass diese Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse einiger Privilegierter versagt und keinen Wohlstand für alle sichern kann.

Die SP verlangt einen neuen Pakt für eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, einen „contrat social et économique“, für alle statt für wenige.

### **1. Den Finanzmarkt endlich in die Schranken weisen!**

- Spekulationen und Boni-Exzesse mit einer faktischen Staatsgarantie darf es nicht mehr geben: Es braucht ein Verbot von Investmentbanking und Eigenhandel bei Grossbanken. Und die Entschädigungen muss auf das Niveau der staatsnahen Unternehmen zurück gefahren werden. Die uneinsichtigen Führungskader der Zürcher Bahnhofstrasse gehören ausgewechselt: Nur mit einem Generationenwechsel ist ein Neuanfang möglich.
- Die Allgemeinheit darf nicht immer und immer wieder gezwungen sein, die Kosten für die verantwortungslose Geschäftspolitik vieler Akteure des Finanzplatzes zu tragen. Die SP fordert endlich ein Ende der Steuerfluchtpolitik. Es braucht eine Weissgeldstrategie, die nur noch sauberes und versteuertes Geld auf unserem Finanzplatz zulässt.
- Die SP verlangt ein Engagement des Bundesrates für eine europäische Transaktionssteuer, die einerseits die Banken an den Folgekosten der von ihnen verursachten Krise beteiligt und andererseits den Spekulationswahnsinn an den Börsen einschränkt.

### **2. Die Zukunft des Arbeitsplatzes sichern!**

- Die Arbeitnehmenden der Realwirtschaft dürfen nicht Opfer der renditeversessenen Finanzmärkte werden: Die SP verlangt von Nationalbank und Bundesrat weitere Massnahmen gegen die Spekulation auf den starken Franken. Und zudem eine Wechselkurspolitik gegenüber den wichtigsten Währungen, die ein Fortbestand des Arbeitsplatzes sicherstellt.
- Zur sofortigen Abfederung des Konjunkturreinbruchs fordert die SP einen Fonds für den Arbeitsplatz, der gezielt Arbeitsplätze in den exportabhängigen Branchen sichert. Ferner muss das erfolgreiche Instrument der Kurzarbeit erweitert eingesetzt werden.
- Mit einer konsequenten Umsetzung der flankierenden Massnahmen müssen Missbräuche der Personenfreizügigkeit verhindert und bei Verstössen die Sanktionen auch verhängt und durchgesetzt werden. Die Mindestlöhne müssen angehoben sowie mit unserer Initiative ein nationaler Mindestlohn von rund 4'000 Franken geschaffen werden, der eine anständige Lohnstruktur garantiert.

### **3. Die Kaufkraft und unsere Sozialsysteme stärken!**

- Die Währungsgewinne der Importeure müssen mittels dringlicher Verschärfung des Kartellrechts und mehr Kompetenzen für den Preisüberwacher an die KonsumentInnen weitergegeben werden.
- Damit nicht Prämien erhöhungen die Kaufkraft der tieferen und mittleren Einkommen weiter schwächen, fordert die SP mit ihrer Initiative endlich eine öffentliche Krankenkasse für alle.
- Die SP verteidigt die Renten der ersten und zweiten Säule gegen Angriffe aus bürgerlicher Sparpolitik. Gleichzeitig soll die AHV mit einer nationalen Erbschaftssteuer auf die rund 2% der höchsten Nachlasse (über 2 Millionen Franken) finanziell weiter gestärkt werden.

## **Milliarden für neue Kampfflugzeuge und gleichzeitig Sozialabbau. Und alles am Volk vorbei. Ohne uns!**

Das Parlament hat entschieden, dass die Armee neu über 5 Milliarden Franken kosten soll. Und dass die Schweiz für mehrere Milliarden Kampfflugzeuge beschafft. Zudem haben sich die bürgerlichen Parteien auch mit einer ihrer Hauptforderungen durchgesetzt: Die Kampfflugzeug-Milliarden sollen am Volk vorbei geschmuggelt werden. Dieser Entscheid ist unverständlich und verantwortungslos. Die bürgerliche Mehrheit widerspricht damit allen gemachten Versprechen, verschweigt bewusst die Folgen und handelt zutiefst undemokratisch. Die SP will dafür sorgen, dass das Volk mitreden kann.

**Die Delegiertenversammlung beauftragt die Geschäftsleitung, einen Volksentscheid über die Kampfjet-Milliarden zu ermöglichen. Sollte das mit einem Referendum nicht möglich sein, bereitet die Geschäftsleitung im Rahmen eines breiten Bündnisses eine Volksinitiative vor, welche die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge im Verlauf der kommenden zehn Jahre ausschliesst. Die GL unterbreitet der DV vom 3. Dezember ein konkretes Projekt.**

### **Begründung:**

**Erstens** widersprechen die Milliardenausgaben allen bisher von bürgerlicher Seite gemachten Versprechen. Die FDP verlangt in ihrem aktuellsten militärpolitischen Positionspapier vom Juli 2007, dass der Armee ein „jährlicher Durchschnitt im Bereich von 4 Mrd. Schweizer Franken“ zur Verfügung stehen soll. Im Positionspapier der SVP (vom 10. November 2009) ist zu lesen, dass die „richtige Höhe des für die Armee notwendigen finanziellen Betrages ... nicht nach der Wunschliste des Militärs bestimmt“ werden kann, sondern es gehe darum „mit den vorhandenen Mitteln (rund 4 Milliarden) den Auftrag zu erfüllen.“ Und auch die CVP erklärte in ihrem aktuellen Armeepapier vom Sommer 2010 und in ihrem diesjährigen Wahlvertrag, dass der Armee mittel- bis längerfristig 4 Milliarden zur Verfügung stehen sollen.

**Zweitens** verschweigen die bürgerlichen Parteien vor den Wahlen ganz bewusst die Folgen ihres Entscheides. Es ist klar: Die zusätzlichen Milliarden für Kampfflugzeuge müssen in anderen Bereichen eingespart werden. Ein vom Tages-Anzeiger diesen Frühsommer publiziertes Papier des Bundes zeigte es bereits klar auf. Abgebaut werden müsste etwa bei der Bildung, dem Verkehr oder der Entwicklungszusammenarbeit. Das Finanzdepartement bestätigt dies diese Woche: Der Abbau in anderen Bereichen ist unausweichlich. Milliarden für Militärflugzeuge statt Investitionen in Bildung. Oder Milliarden für Militärflugzeuge, dafür Abbau beim öffentlichen Verkehr. Oder Milliarden für Militärflugzeuge, dafür Sozialabbau.

**Drittens** mogeln die bürgerlichen Parteien die Milliardenausgaben dem Volk vorbei. Die bürgerlichen Parteien und die selbsternannten „Volks-Parteien“ interessieren sich offensichtlich einen Deut um die Meinung des Volkes. Der SP-Antrag, die Milliardenausgaben dem Volk vorzulegen, wurde abgelehnt. Das ist zutiefst anti-demokratisch und zeugt von der grossen Angst von CVP, FDP und SVP, in einer Abstimmung über neue Kampfjets zu unterliegen. Die Angst ist nachvollziehbar. Das Vorgehen nicht.

**Viertens** ist es unsinnig, sich mit einer übergrossen Armee und weiteren Kampfflugzeugen auf Szenarien vorzubereiten, die von einem grossen Krieg in Europa ausgehen. Die friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Schweiz liegen anderswo: in der wirksamen Bekämpfung der Klima- und Hungerkrise, in einer aktiven Friedens- und Menschenrechtspolitik und im gezielten Beitrag der Schweiz zum Schutz der Zivilbevölkerung, die unter gewaltsam ausgetragenen Konflikten leidet. Die Schweiz wendet viel zu viel für die Armee und Aufrüstung auf und viel zu wenig für die nachhaltige Entwicklung, eine wirksame Bekämpfung der Armut und eine zukunftsweisende Friedenspolitik.

**Fünftens** verfügt die Schweiz längst über einen wirksamen Luft-Schirm. Die Anforderungen einer auch in Zukunft funktionstauglichen Luftpolizei lassen sich ohne Aufrüstung, zu reduzierten Betriebskosten und weniger Lärm realisieren. Die Ausstattung der Schweizer Luftüberwachung mit modernen Flugzeugen ist gut und im internationalen Vergleich auch nach Ausmusterung der Tiger weit überdurchschnittlich. Es braucht also schlicht keine neuen Kampfflugzeuge.

Milliarden zur Befriedigung realitätsferner Vorstellungen einiger Generäle. Und gleichzeitig Abbau bei Bildung, öffentlichem Verkehr und Sozialem. Und das alles am Volk vorbei. Da macht die SP nicht mit.

## **Resolution von Ruedi Tobler, SP Vorderland**

### **Die SP Schweiz will eine Konkordanzregierung**

Die SP Schweiz setzt sich ohne Vorbehalt und mit allen Kräften für eine Erneuerung der Konkordanz nach den eidgenössischen Wahlen ein.

Es gibt kaum ein Thema, zu dem in den letzten Jahren mehr Mythen, Halbwahrheiten und dreiste Lügen verbreitet worden sind. Wie schon der Name sagt, war die Konkordanz nie ein zahlenmässiges Machtkartell, um die Bundesratssitze nach Fraktionsstärken auf die grossen Parteien zu verteilen. Ihre Wurzeln hat sie in den Dreissiger Jahren, als es darum ging, die Schweiz aus der grossen Weltwirtschaftskrise herauszuführen und die Bedrohung durch den Faschismus wie auch den Stalinismus abzuwehren. Die drei tragenden Säulen der Konkordanz waren denn auch sozialer Ausgleich statt Klassenkampf (mit dem „Arbeitsfrieden“), militärische Landesverteidigung und vor allem die klare Abgrenzung von den totalitären Ideen und Nichtzusammenarbeit mit solchen Strömungen. So wurde der SP erstmals 1943 ein Sitz im Bundesrat zugestanden. Und es dauerte noch bis 1959, bis unsere Partei ihrer Stärke entsprechend im Bundesrat vertreten war. In der Nachkriegszeit wurde auch eine vorsichtige Öffnung gegenüber internationalen Organisationen zur Basis der Konkordanz.

Es ist verständlich, dass die in die Jahre gekommene Konkordanz Abnützungserscheinungen zeigte, umso mehr als die Wirtschaft einige Zeit florierte und mit dem Zusammenbruch des Ostblocks die letzten „Feinde“ aus Europa verschwanden und ein Zusammenstehen in der Abwehr gegen äussere Bedrohungen nicht mehr nötig ist. Zwangsläufig hat sich damit die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung in der Sicherheitspolitik ergeben, um die noch immer gerungen wird. Und seit es in der Sozialpolitik nicht mehr darum geht, wie der „wachsende Kuchen“ verteilt werden soll, sind die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der sozialen Sicherheit härter geworden. All dies hätte die Konkordanz nicht in ihrem Kern getroffen.

Aber seit sich Christoph Blocher zum Führer der SVP aufgeschwungen und diese Partei gemeinsam mit anderen Multimillionären faktisch aufgekauft und privatisiert hat, hat er sie von einer gutbürgerlichen zu einer Rechtsaussen-Führerpartei transformiert. Abgrenzung gegen rechts aussen und Berührungsgängste mit rassistischen Milieus sind ihm fremd. Damit ist die Konkordanz systematisch in ihrem Kerngehalt ausgehöhlt und zerstört worden. Da die Konkordanz nicht auf einer formellen Vereinbarung beruht, konnte auch keine formelle Verletzung eingeklagt werden. Unsere Partei hat zwar immer entschieden diese Politik der SVP bekämpft, aber wir haben sie wohl zu wenig als Zerstörung der Konkordanz angeprangert. Viel schlimmer ist allerdings das Lavieren von FDP und CVP. Keine dieser Parteien hat es gewagt, sich unzweideutig gegen die Anmassung der SVP zu wehren, ihr rechtsextremer Propagandafeldzug – untermalt mit Plakaten im Nazistil – sei „bürgerlich“ und klar gemacht, dass bürgerliche Politik ihre Grundlage in den Menschenrechten und im Respekt vor Andersdenkenden hat. Sie hätten auch die „anständigen“ SVPLer moralisch unter Druck setzen müssen, die Rechtsaussenpartei zu verlassen und in eine bürgerliche Partei zu wechseln.

Mit ihrem Schwindel mit dem Volk, den die SVP in diesem Wahljahr bereits zum zweiten Mal aufführt, demonstriert sie ausdrücklich, dass es ihr nicht um Dialog mit der Bevölkerung und die Vertretung ihrer Interessen geht, sondern dass das Volk für sie lediglich Kulisse für Selbstinszenierung bildet, wie es im nördlichen Nachbarland in seiner schlimmsten Zeit vorgelebt worden ist.

Spätestens 2003 mit der Abwahl von Ruth Metzler aus dem Bundesrat und der Wahl von Christoph Blocher an ihrer Stelle wurde die Abkehr von der Konkordanz besiegelt. Zwar erfolgte 2007 dank dem Einsatz unserer Fraktion eine erfreuliche Teilkorrektur mit der Nichtwiederwahl des SVP-Führers in den Bundesrat. Aber das war keine Rückkehr zur Konkordanz.

Die unglaubliche Reaktion auf die Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf zeigte nochmals die Konkordanzunfähigkeit der SVP. In Manier eines Schauprozesses, wie er von totalitären Regimes aller Couleur bekannt ist, wurde die von der Bundesversammlung rechtmässig gewählte Bundesrätin



als „Verräterin“ abgestempelt und in Sippenhaftung eine ganze Kantonalpartei ausgeschlossen. Hätte dies nicht das Ende der Beteiligung der SVP im Bundesrat sein müssen?

Ausgerechnet zum 50-Jahr-Jubiläum von Max Frisch's eindrücklicher Warnung vor der Verharmlosung politischer Brandstifter wurde 2008 der SVP-Brandstifter vom Dienst, Ueli Maurer, wenn auch knapp, in den Bundesrat gewählt. Sein Doppelspiel hat bereits zur Blockade bei der Weiterentwicklung der Armeekonzeption und zum offenen Feuer in Bezug auf die Militärausgaben geführt. So darf es nicht weitergehen.

Nach all ihren Eskapaden gegen die Konkordanz behauptet die SVP nun unverfroren, sie stehe zur Konkordanz und habe Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Das kann ja nicht wahr sein.

Die anstehende Bundesratswahl im Dezember droht zum Tummelfeld für intransparente Machtspiele oder zur Lotterie zu werden. Das kann nur verhindert werden, wenn sich alle verantwortungsbewussten Parteien gemeinsam auf das politische Erfolgsrezept der Schweiz im abgelaufenen Jahrhundert zurückbesinnen: die Konkordanz. Dafür braucht sie eine Erneuerung mit der Ausrichtung auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts:

- Langfristige Sicherung von sozialer Sicherheit und Gesundheitsversorgung.
- Verpflichtung auf Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung, die nicht auf Kosten künftiger Generationen geht (erneuerbare Energien, schonender Umgang mit Ressourcen, ökologische Landwirtschaft, Ausgleich zwischen Nord und Süd) – mit aktiver Beteiligung an der Weiterentwicklung der Weltgemeinschaft.
- Verwirklichung der Menschenrechte als Grundlage für die Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaat.
- Ausrichtung der Friedens- und Sicherheitspolitik auf menschliche Sicherheit und kollektive Sicherheit im Rahmen der UNO und ihrer Regionalorganisationen.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 1. Oktober 2011 in Biel verpflichtet die zuständigen Gremien der Partei – insbesondere die Geschäftsleitung und die Fraktion in den Eidgenössischen Räten –, sich bereits im verbleibenden Wahlkampf, vor allem aber im Hinblick auf die anstehenden Bundesratswahlen mit allen Kräften und konsequent für die skizzierte Erneuerung der Konkordanz einzusetzen und dafür schon jetzt das Gespräch mit den „konkordanzfähigen“ Parteien zu suchen. Gemeinsam mit jenen Parteien, die sich ebenfalls auf die Konkordanz verpflichten, sollen sie für eine ausgewogene Zusammensetzung des Bundesrates unter Ausschluss der SVP sorgen.

Sollte eine solche tragfähige Lösung nicht zustande kommen, wird so oder so ein ausserordentlicher Parteitag nötig sein, um über die weitere Regierungspolitik unserer Partei zu befinden.

### **Stellungnahme der Geschäftsleitung: Zur Prüfung entgegennehmen; Behandlung an der DV vom 3. Dezember (Schwerpunkt Regierungsbeteiligung).**

Begründung: Die GL erachtet es als zentral, sich jetzt auf die Parlamentswahlen zu konzentrieren. Diese sind entscheidend: Für die Stärke der SP, für die Durchsetzungskraft unserer Politik für die ganze Bevölkerung, aber auch für unsere Vertretung im Bundesrat. Nach dem Rücktritt von Micheline Calmy-Rey hat sich die Ausgangslage für die SP verändert und es ist bereits erkennbar, dass der SP-Sitz angegriffen wird. Deshalb ist es entscheidend, dass die drei letzten Wochen dazu genutzt werden, die Wahl-Kampagne gemeinsam nochmals zu verstärken, damit wir bei den nationalen Wahlen zulegen, um damit auch unseren zweiten Sitz in der Landesregierung zu sichern.

Aus diesen Gründen schlägt die GL vor, diese Resolution im Rahmen der DV vom 3. Dezember in Luzern zu behandeln. Die DV vom 3. Dezember ist unter anderem auch der Frage der Bundesratsbeteiligung gewidmet. In diesen Zusammenhang passt auch die Resolution von Ruedi Tobler.